**Was sagen wir zum Thema Zuwanderung, Flucht und Asyl?**(Karl, 01.01.2024)

Viele Menschen machen sich Sorgen über die Zahl der zu uns nach Deutschland kommenden Ausländer. Sie befürchten, dass wir diese Anzahl nicht versorgen und nicht integrieren können. Andere betonen die Chancen der Zuwanderung und die humanitäre Verpflichtung, Menschen in Not aufzunehmen. Eine verantwortliche Politik muss beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Deutschland braucht Zuwanderung. Geflüchtete gehören dazu.
Deutschland benötigt selbst bei einer konservativen Rechnung mindestens 500.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland, um die Lücke, die die Babyboomer auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen werden, zu füllen. Die Geflüchteten können einen Teil davon abdecken. Es werden dabei nicht nur Fachkräfte mit Hochschulabschluss benötigt, sondern auch Personal beispielsweise in der Gastronomie und im Bauhandwerk.

Geflüchtete müssen besser integriert werden: in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt. Die allermeisten Geflüchteten haben den Wunsch, zu arbeiten, Geld zu verdienen. Dies sollte unterstützt und nicht mit Arbeitsverboten belegt werden. Integrations- und Sprachkurse sollten nicht nach Kassenlage angeboten werden, sondern für alle Geflüchteten in der Zeit des Sozialleistungsbezugs verbindlich sein. Kitas, Schulen und Quartiere müssen ausreichend ausgestattet sein.

Wir erwarten, dass sich Geflüchtete – wie alle anderen - an die Gesetze halten und die Grundwerte des Grundgesetzes akzeptieren. Wir unterstützen die Linie des Senators für Inneres, straffällig gewordene Ausländer abzuschieben. Antisemitismus und militanten Islamismus dulden wir nicht.

Flucht ist immer ein Zeichen für Verfolgung oder Not.
Am wichtigsten ist es, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Dies verpflichtet uns zu einer aktiven Friedenspolitik, zu einer internationalen Menschenrechtspolitik und zu einer gezielten Entwicklungspolitik, die sich mit globalen Ungleichheiten nicht abfindet und die Klimakrise bekämpft. Die meisten Geflüchteten verlassen ungern ihre Heimat und möchten, wenn die Bedingungen es zulassen, gern wieder zurückkehren. Daher sind Flüchtlingsunterkünfte in den Nachbarländern eine akzeptable Lösung. Sie sollten von den UN und der EU unterstützt werden. Flüchtlinge, die in die EU kommen, müssen solidarisch verteilt werden. Asylverfahren sind innerhalb von drei Monaten abzuschließen.

Wir blicken sachlich auf die Themen Flucht und Zuwanderung.

In den Medien und den Oppositionsparteien wird das Thema aufgebauscht und emotionalisiert. Wir blicken sachlich auf die Zahlen und leugnen nicht die Probleme. Aber wir suchen nach Lösungen. Und wir suchen das Gespräch.

**Thesen zur Migrationsdebatte**
(Wolfram, 04.01.2024)

Die Migrationspolitik ist eine besondere Herausforderung. Es besteht grundsätzlich ein Spannungsverhältnis zwischen verschiedenen Anforderungen. Einerseits muss grundlegenden Rechtsgrundlagen entsprochen werden (Asylrecht, Flüchtlingsrecht). Daneben besteht der Wunsch, eine ungünstige demographische Entwicklung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderung zu mildern. Gleichzeitig besteht der Anspruch, Menschen ohne Bleiberecht auch in ihre Heimatländer (oder zuständige andere Länder) abschieben zu können.

Innerhalb der EU bestehen insbesondere in der Praxis seit Jahren gravierende Mängel und Konflikte, die unzureichend gelöst sind. Große Migrationsbewegungen stellen eine erhebliche Herausforderung an die Integrationsmöglichkeiten der Aufnahmeländer dar. Die Praxis wird in großen Teilen der Bevölkerung als zunehmend unbefriedigend eingeschätzt.

Hierzu einige Thesen:

Kritische Beiträge zur Migrationsproblematik sollten nicht einfach moralisch bewertet oder als rassistisch dargestellt werden. Große Teile der Bevölkerung sind mit der aktuellen Situation unzufrieden, ohne dass deshalb der Vorwurf von Rassismus pauschal begründet wäre. Auch die negativen Aspekte der Migration müssen wahrgenommen werden (Kriminalität, Pisa-Ergebnisse, Segregationseffekte, Wohnungsmarkt). Es bedarf auch der ausdrücklichen Hervorhebung der großen Leistungen, die für die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen geleistet worden sind. Flucht und Migration sind eine soziokulturelle Herausforderung für Migranten wie für die Aufnahmegesellschaft. Eine moralisierende Debatte ohne Praxisbezug führt eher zur Stärkung der AfD.

Für die interne Debatte in der SPD heißt das, auch unangenehme Entscheidungen zu vertreten, der Realität nicht hinterher zu diskutieren, sondern proaktiv nach Lösungen suchen. Der Beschluss des Bundesparteitags vom 8.12.2023 ist hierbei keine gute Grundlage und mittlerweile durch die EU-Beschlüsse wohl auch schon überholt (Nachzugsregeln).

Insgesamt muss eine wesentlich stärkere Steuerung der Migrationsströme erreicht werden und die in vielerlei Hinsicht ungeregelte Zuwanderung begrenzt werden. Gewünschte Zuwanderung von Fachkräften muss auch unter dem Prinzip des Ausgleiches für die Herkunftsländer betrachtet werden.

Optionen: Elemente der Steuerung von Zuwanderung müssen gestärkt werden. Dies heißt z.B. Stärkung der Außengrenzen, Einschränkung von Nachzugsregeln und (unsympathische) Absprachen mit Drittländern (zum Beispiel Albanien oder Türkei), Verlagerung des Asylverfahrens an die Außengrenzen der EU mit geregeltem Verteilmechanismus (aber nicht Asylverfahren in Drittstaaten, wie es UK versucht).

Hauptziel ist es, sogenannte Pull-Faktoren möglichst zu vermeiden, d.h. auch bei Nichtvorliegen von Flucht oder Asylgründen sekundär doch ein Bleiberecht zu erreichen.

**Thesen zum Thema Flucht, Asyl und Einwanderung**
(Günter 24.01.2024)

Nr.1

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das Zusammenleben aller Menschen in unserem Land war bislang ganz erfolgreich. Diese Erfolgsgeschichte sollten wir offensiv erzählen.

 Nr. 2

Trotzdem wird Migration aber immer noch negativ erfahren. Kindergärten und Schulen, Wohnungen und Arbeitsplätze befinden sich auch schon ohne Fluchtbewegungen, im Stresszustand. Die Politik redet diese Situation oft schön. Es entsteht dadurch ein Glaubwürdigkeitsproblem. Rechte Gruppen nutzen dieses Defizit. Die Demokratie wird als unfähig vorgeführt.

 Nr. 3

Wir müssen eine resiliente Wirtschaft- und Sozialpolitik betreiben. Wir brauchen aktuell einen "Wumms" für unsere Kindergärten und Schulen!

 Nr. 4

Rechte politische Kräfte nutzen die Schwachstellen unserer Demokratie, um unser Gemeinwesen vorzuführen. Sie selber haben keine Lösungen, außer einen autoritären Staat/Führer. Vorhandene Defizite in unserer Migrationspolitik müssen wir aber offen aufarbeiten. Die aktuelle Lage beispielsweise in den Kindergärten und Schulen muss sich rasch verbessern. Nur dann glauben wieder mehr Menschen daran, dass wir mit den Fluchtbewegungen ordentlich umgehen.

 Nr. 5

Politisch sollten sich die demokratischen Organisationen und Parteien enger zusammenschließen und **gemeinsam** Migrationspolitik betreiben. Arbeitgeber und Gewerkschaften sind hier besonders gefordert. Die Arbeitgeber sollten in diesem Bereich laut werden. Sie sollten zeigen, wie dringend eine Willkommenskultur für unsere Wirtschaft ist.

 Nr. 6

Beginnen wir mit dem Bau von **"Leuchttürmen"**. Schaffen wir vorbildliche Kindergärten und Schulen. Zeigen wir hier, wie erfolgreiche Migration gelingen kann, und machen wir diese Prozesse transparent. Zeigen wir die praktische Arbeit der Erzieher und Lehrer vor Ort in den sozialen Medien. Sorgen wir dafür, dass wieder **alle Kinder** die deutsche Sprache lernen und den Dreisatz beherrschen.

**Wir brauchen Zuwanderung**(Jörg, 27.02.2024)

Um unseren Lebensstandard und unseren Wohlstand zu sichern, brauchen wir Zuwanderung. Die Wirtschaftsinstitute sprechen von 400.000 fehlenden Arbeitskräften pro Jahr.

Wir brauchen nicht nur hochgebildete Fachkräfte in IT-Berufen, in Gesundheit und Pflege, sondern auch Kräfte in gering bezahlten Berufen wie Hilfe bei der Ernte, Gebäudereinigung oder Lieferdiensten. Die Menschen, die zu uns kommen, wollen arbeiten, sie wollen mit harter Arbeit das Leben für sich und ihre Familie verbessern.

Viele Menschen bei uns sorgen sich vor zu vielen Fremden. Sie sehen, dass es nicht genug Wohnraum gibt, sie befürchten, dass ihre Kinder keinen Kindergartenplatz finden, dass sie in den Schulen nicht gut genug ausgebildet werden, dass die Kriminalität steigt. Ganz klar, die Zuwanderung muss besser geregelt werden. Das gelingt zurzeit nicht. In den vergangenen Jahren ist zu viel liegen geblieben.

Was ist zu tun? Wir müssen den zu uns kommenden Menschen viel schneller erlauben zu arbeiten. Das ist die beste Integration. Und vor allem müssen wir den Wohnungsbau massiv verstärken. Die Zahl der Kindergartenplätze muss drastisch erhöht werden. Die Schulen, die zum Teil mit den vielen Kindern, die nicht richtig Deutsch sprechen, überfordert sind, brauchen weitere Unterstützung. Wir brauchen einen "Wumms" für unsere Kindergärten und Schulen! Das gilt auch für die sozialen Einrichtungen, die sich um die Integration von zugewanderten Menschen kümmern.

Dafür brauchen die Städte und Gemeinden mehr Geld, der Staat mehr Steuereinnahmen, von den Reichen und Wohlhabenden mehr, von den weniger Begüterten weniger. Es muss dabei gerechter zugehen als bisher.

Wenn wir es wollen, können wir das schaffen. Unser Land ist reich, eines der reichsten auf der Welt. Die Investition lohnt sich. Und eine andere Lösung gibt es nicht.

**Wie viel Zuwanderung brauchen wir? Wie viele Menschen kommen? Und dürfen alle bleiben?**

Um 400.000 neue Arbeitskräfte pro Jahr zu gewinnen, brauchen wir eine jährliche Zuwanderung von 1,5 Million Menschen, sagt die Chefin des Sachverständigenrats Wirtschaft der Bundesregierung. Diese Zahl sei notwendig, weil jährlich etwa 1,1 Million Menschen abwandern. Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2021 wanderten pro Jahr 300.000 Menschen mehr als aus, teilt das Statistische Bundesamt mit. Lediglich im Jahr 2022 lag die Differenz bei 1,5 Million Menschen, davon stammte 1,1 Million Menschen aus der Ukraine. 2023 waren es wieder 300.000 Menschen, die mehr ein- als auswanderten.

Durch den Krieg in der Ukraine wird deutlich: Wir können nicht ohne weiteres beliebig viele Menschen aufnehmen. Deshalb brauchen wir neben unseren eigenen Anstrengungen eine europäische Lösung, d.h. eine gerechte Verteilung in den Ländern der EU. Deshalb schaffen wir Aufnahmezentren an den Außengrenzen. Und deshalb handeln wir Migrationsabkommen mit vielen Ländern aus. Und wir müssen den Ländern viel stärker helfen, aus denen die Zuwanderer kommen. Dort brauchen sie eine Perspektive, denn nicht alle werden eine solche hier finden können.

Wir erwarten auch, dass sich Geflüchtete und Zugewanderte – wie alle anderen – bei uns an die Gesetze halten und die Werte des Grundgesetzes akzeptieren. Antisemitismus und militanten Islamismus dulden wir nicht. Wer nach einem rechtsstaatlichen Verfahren kein Bleiberecht bekommt, darf nicht hierbleiben und muss unser Land wieder verlassen.

Klar ist: Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland. Im 19. Jahrhundert haben angeworbene Osteuropäer die Industrie im Ruhrgebiet und anderswo mit aufgebaut. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen 6,5 Millionen Vertriebene nach Westdeutschland. Und in den 50er- und 60er Jahren waren es die „Gastarbeiter“, die gezielt nach Deutschland angeworben wurden und die in hohem Maße zum sogenannten Wirtschaftswunder beitrugen. Heute haben über 25 % der Menschen bei uns eine Einwanderungsgeschichte, bei den Jugendlichen sind es 50 %. Ohne sie funktioniert unsere Wirtschaft nicht, wäre unsere Gesellschaft ärmer. Nutzen und gestalten wir die Zuwanderung!